

INHALT

1. Merkel würdigt Umsetzung der Schuldenbremse in Schleswig-Holstein
2. Eigenverantwortlichkeit von Schulen kommt voran
3. Investitionsprogramm 2009-2011 voller Erfolg
4. Gemeinsame Resolution zur weiteren Elektrifizierung der AKN

20.01.2012

Merkel würdigt Umsetzung der Schuldenbremse in Schleswig-Holstein Zu Jahresbeginn insgesamt 3500 Gäste bei CDU-Veranstaltungen im Land



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

„Jost de Jager hat das Heimspiel genutzt, um Schleswig-Holsteinische Anliegen wirksam gegenüber der Bundesebene zu vertreten“. Mit diesen Worten kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in der Fraktionssitzung am Dienstag den Auftritt des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Jost de Jager bei der Klausurtagung des Bundesvorstandes in Kiel am vergangenen Wochenende.

De Jager hatte gegenüber dem Bundesvorstand unter der Führung von Angela Merkel am vergangenen Wochenende unter anderem für den schnellen Bau der A 20 und der Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung, die Aufhebung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern in der Bildungspolitik, die schnellere Entschuldung Schleswig-Holsteins durch „Deutschlandbonds“, sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen schnelleren länderübergreifenden Netzausbau geworben. Merkel hatte ihrerseits auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit de Jager vor allem die erheblichen Fortschritte Schleswig-Holsteins bei der konsequenten Umsetzung der Schuldenbremse gewürdigt.

Callsen betonte, am Wochenende hätten 3500 Gäste zu Veranstaltungen mit Vertretern des

Bundesvorstandes begrüßt werden können: „Das zeigt, die Menschen in Schleswig-Holstein interessieren sich im Wahljahr 2012 für die Positionen und Überzeugungen der CDU. Wir haben die Gelegenheit genutzt, auf diesen Veranstaltungen neben den Erfolgen der CDU-geführten Landesregierungen seit 2005 auch unsere Ziele für die kommende Legislaturperiode vorzustellen und zu diskutieren.“

Eigenverantwortlichkeit von Schulen kommt voran **Landtag debattiert kommende Woche über Bericht des Bildungsministers**



Heike Franzen, MdL

Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen ist eines der zentralen Anliegen der Bildungspolitik der CDU-Fraktion. Schleswig-Holstein hat dabei einen enormen Schritt nach vorne gemacht. Dies geht aus einem Bericht des Bildungsministeriums hervor.

Die schulische Eigenverantwortlichkeit wird besonders in vier Handlungsfeldern gefördert. Dies sind konkret die Verbesserung der Lern- und Unterrichtsorganisation, die Entwicklung der personellen Ressourcen, der eigenständige Einsatz von finanziellen Ressourcen und die Verbesserung der Schulqualität.

So erhalten die Schulen weitere Gestaltungsspielräume in der Lern- und Unterrichtssituation unter anderem durch die eigenverantwortliche Umsetzung der Kontingenzstundentafel, sowie die eigenständige Zusammensetzung von Lerngruppen.

„Dies ermöglicht den Schulen eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und eine auf die Anforderungen vor Ort angepasste Profilbildung. Dies war mit den alten Vorgaben des Ministeriums bisher nicht möglich. Die Eigenständigkeit der Schulen ist durch die neuen Chancen weiter gestärkt worden,“ so die bildungspolitische Sprecherin Heike Franzen zu dem Bericht.

Den Bericht finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2100/drucksache-17-2138.pdf>

Investitionsprogramm 2009-2011 voller Erfolg Rund 1.300 Projekte unter Einsatz von etwa 500 Millionen Euro umgesetzt



Finanzminister Rainer Wiegard, MdL

Das gemeinsame Investitionsprogramm von Bund und Ländern war in Schleswig-Holstein ein voller Erfolg. Das geht aus einem Bericht des Finanzministeriums hervor, den Finanzminister Rainer Wiegard jetzt in seiner regelmäßig erscheinenden "Finanzdepesche" zusammengefasst hat.

In Folge der weltweiten Finanzmarktkrise war die Konjunktur auch in Deutschland in einem zuvor nie gekannten Ausmaß eingebrochen. So verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt allein 2009 einen Rückgang von fünf Prozent. Um die Auswirkungen dieser beispiellosen Rezession für Unternehmen und Arbeitsmarkt abzufedern, haben Bund, Länder und Kommunen in einem beispiellosen Kraftakt mit dem Konjunkturprogramm entgegen gesteuert.

Allein für Schleswig-Holstein wurden so rund 500 Millionen Euro aufgebracht. 337 Millionen Euro davon wurden in die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur investiert. Bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen in Tagesstätten und Schulen sowie der Ausbau des lebenslangen Lernens in Weiterbildungseinrichtungen werden noch in zwanzig und dreißig Jahren konjunkturelle Effekte freisetzen. Weitere Investitionsschwerpunkte wurden auf die Bereiche energetische Sanierung, Wegenetzausbau, Krankenhausmodernisierung und Förderung der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur gelegt. Dass die bereitstehenden Mittel von den Antragsberechtigten nahezu vollständig abgerufen wurden, stellt unter Beweis, dass man sich die Projekte nicht „zusammensuchen“ musste. Vielmehr konnten Maßnahmen umgesetzt werden, die seit langem anstanden, und so wurde ein bestehender Investitionsstau endlich aufgelöst.

Die Darstellung von Minister Wiegard hebt zwei wichtige politische Schwerpunkte hervor, die bei der Umsetzung des Investitionsprogramms vor allem auf Veranlassung durch die CDU-Landtagsfraktion gesetzt wurden:

Die Kommunen waren dabei für die Ausgestaltung und die Umsetzung des Programms verantwortlich. Dies entspricht der Grundüberzeugung christdemokratischer Politik, dass die Verantwortungsträger vor Ort am besten wissen, welche Maßnahmen erforderlich sind. So war das Investitionsprogramm auch ein Programm zur Förderung demokratischer Mitverantwortung.

Darüber hinaus haben die Investitionen einen Beitrag zur Förderung strukturschwacher

Regionen in Schleswig-Holstein geleistet. Während dem durchschnittlichen Schleswig-Holsteiner Mittel in Höhe von 84,67 Euro zugute gekommen sind, waren es bei den Einwohnern Nordfrieslands und Dithmarschens zehn Euro pro Kopf mehr. So hat das Programm seinen Beitrag dazu erbracht, dass sich die Lebensverhältnisse überall in unserem Land gleichwertig entwickeln.

Hier der Link zur Finanzdepesche:

http://schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1050022/publicationFile/120113_34.pdf

Gemeinsame Resolution zur weiteren Elektrifizierung der AKN Nach Landtagsbeschluss zieht Hamburger Bürgerschaft nach



Peter Lehnert, MdL

Der Ausbau der AKN im Hamburger Randgebiet soll weiter vorangetrieben werden. Nach dem Schleswig-Holsteinischen Landtag hat nun auch der Verkehrsausschuss der Hamburger Bürgerschaft die Elektrifizierung der durch den Kreis Segeberg führenden Bahnstrecke gefordert.

CDU-Landtagsabgeordneter Peter Lehnert hatte am vergangenen Wochenende Vertreter aller AKN-Anliegergemeinden zusammen gebracht. Am Ende stand eine gemeinsame Resolution, die den Bedarf nach einer Elektrifizierung der Vorortbahn unterstreicht. „Es ist ein deutliches Signal an Berlin, dass in der Region Einigkeit herrscht“, erklärte Lehnert zu der Resolution.

Nun wird es darauf ankommen, den volkswirtschaftlichen Nutzen der Elektrifizierung nachzuweisen. Dies muss schnell geschehen, denn die erforderlichen Regionalisierungsmittel werden vom Bund im Jahr 2019 letztmalig zur Verfügung gestellt.

Die Landesverkehrs-Servicegesellschaft wird deshalb in Kürze eine standardisierte Bewertung durch ein unabhängiges Beratungsbüro in Auftrag geben. Dieses soll die Kosten der Elektrifizierung mit der zu erwartenden Steigerung der Fahrgastzahl ebenso in Beziehung setzen, wie die mit dem Umstieg von Diesel auf Strom verbundene Umweltentlastung.

Auch auf Bundesebene erhält die Initiative Unterstützung, so hat der Segeberger Bundestagsabgeordnete Gero Storjohann angekündigt, das Projekt Ende Januar bei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer anzusprechen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de